

FAZ

Europlatz Frankfurt

29.06.2015

Insolvenzgefahr in Griechenland

von Michael Heise

Nach Abbruch der Schuldenverhandlungen durch die griechische Regierung droht schon in den nächsten Tagen die Insolvenz des Landes. Denn es stehen keine Mittel mehr bereit, um fällige Kredite in Höhe von rund 1,6 Mrd Euro an den IWF zurückzuzahlen. Auch wenn es von keinem gewollt ist, kann dies einen Prozess einleiten, der rasch zum Ausstieg Griechenlands aus dem Euro führt. Der Ablauf wäre etwa wie folgt: Eine Insolvenz des Staates Griechenland würde zunächst das griechische Bankensystem in eine schwere Krise stürzen, das beträchtliche Forderungen an den Staat hält. Die Europäische Zentralbank dürfte keine Notfallkredite mehr zur Finanzierung der Banken ausreichen. Menschen, die ihre Euros in Sicherheit bringen wollen, stünden vor geschlossenen Bankschaltern. Die griechische Regierung müsste Schuldscheine oder ähnliches ausgeben, um ihre Angestellten zu bezahlen. Es würde eine Parallelwährung entstehen. Aufhalten ließe sich diese Entwicklung nur durch weitere weitere Überbrückungshilfen der Eurostaaten. Aber das setzte eine politische Einigung voraus, zu der die griechische Regierung offenbar nicht bereit ist.

Fraglich ist auch, was passieren könnte, wenn sich die Wähler Griechenlands am kommenden Sonntag für die geforderten Reformen aussprechen. Denkbar ist ein solches Votum für Steuererhöhungen und Rentenreformen mittlerweile schon, weil die Angst vor einem Ausstieg aus dem Euro und den damit verbundenen Verlusten an Einkommen und Vermögen von Tag zu Tag größer wird. Aber kann eine Regierung das Land in eine Richtung führen, die sie selbst für völlig falsch hält? Aus unternehmerischer Perspektive ist das ziemlich abwegig. Eigentlich müsste es dann Neuwahlen geben, die das Land aber weiter in Unruhe halten. Das Schlimme an all dem ist, dass vor allem die griechische Bevölkerung die Leidtragende der Entwicklung ist.

Griechische Politiker haben es im Wahlkampf gut verstanden, die Menschen von den angeblichen Gefahren der Spar- und Reformpolitik zu überzeugen. In einer Schuldenkrise zu sparen sei unsinnig, weil die Nachfrage darunter leide und ein wirtschaftlicher Kollaps drohe. Das verabreichte Medikament könne tödlich sein. Mit derartigen Argumenten wird versucht, die Verantwortung für die griechische Krise an die Gläubigerländer weiterzureichen, die diese Politik erzwingen. Das stellt die Dinge auf den Kopf. Es war die Ausgaben- und Schuldenfreizügigkeit des griechischen Staates, die das Land letztlich in die Krise geführt hat. Jeder fünfte erwerbstätige Mensch war 2008 beim Staat beschäftigt, die Löhne waren von 1999 bis 2007 um 50% gestiegen und sie lagen weit über denen im Privatsektor. Laut OECD hatte das durchschnittliche Ministerium 439 Abteilungen oder Einheiten und entsprechend viele gut bezahlte Leitungsstellen. Klientelismus und Bürokratie florierten. Solche Strukturen müssen geändert werden, um das Land wirtschaftlich wieder auf die Beine zu stellen. Sparen muss Hand in Hand gehen mit Reformen, die die Effizienz des Staatssektors und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verbessern. Geschehen ist in dieser Hinsicht bislang wenig und so haben auch die harten Einschnitte, die die griechische Bevölkerung bereits hinter sich hat, bislang keine Gesundung der Wirtschaft bewirkt.